

Protest: ein nachlaufender Indikator?

Die Konjunkturbeobachter kennen verschiedene Indikatoren, nach denen sie ihre Prognosen ausrichten. Einige davon nehmen, ihrer Erfahrung nach, die künftige Entwicklung vorweg: sie werden "Frühindikatoren" oder vorlaufende Indikatoren genannt. Andere verhalten sich so ähnlich wie die zu prognostizierenden Größen, das sind die Präsenzindikatoren. Und noch andere Größen kommen eigentlich immer zu spät, um aus ihnen noch die Zukunft des Bruttoinlandsproduktes herauszulesen: die nachlaufenden oder Spätindikatoren. Seit dem Herbst hat die Wirtschaftsberichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen uns darüber aufgeklärt, daß auch die Arbeitslosigkeit ein nachlaufender Indikator ist. Mit anderen Worten: das Schlimmste kommt erst noch, aber wir wissen wenigstens schon, daß da was kommt.

Auch der Protest gegen die Krisenfolgen ist, wie es scheint, ein Spätindikator. So fanden sich erst im Herbst 2008, als der politische Konflikt um die "Rettung" des US-Finanzsystems in beiden Häusern des US-Kongresses bereits hohe Wellen schlug, auf den Straßen von New York und anderen US-Städten einige zehntausend Demonstranten gegen die umstandslose Vergesellschaftung privater Verluste zusammen. Ihren politischen Ausdruck fand die Empörung über das Krisenmanagement der Eliten nicht in Protesten, sondern in den Wahlen vom November 2008. Erst nach der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten strömten die Massen auf die Straßen: um den Triumph der amerikanischen Demokratie zu feiern. Sie erwarten jetzt vieles und widersprüchliches von der neuen Regierung. Aber solange ihre Erwartungen noch nicht enttäuscht wurden, wird eine neue soziale und politische Bewegung auf sich warten lassen. Trotz der tiefen Wirtschaftskrise sind die sozialen Proteste in den USA bisher lokal und zeitlich beschränkt geblieben.

Auf den ersten Blick ergibt sich in Europa ein anderes Bild: Massendemonstrationen in Italien und Frankreich, Unruhen in Griechenland, wilde Streiks in Großbritannien. Täglich wird die Liste der betrieblichen Konflikte länger. (www.labournet.de) Doch nur in Island kosteten Staatsbankrott und Proteste eine neoliberale Regierung ihr Amt. Sie wurde zudem durch eine linke Koalition abgelöst, die als Lösung der ökonomischen Probleme nun den Beitritt der Insel zur Eurozone anstrebt. In der Bundesrepublik wird schon länger darüber diskutiert, ob im Herbst die SPD noch zur Regierungsbildung nötig ist. In den Umfragen liegen CDU/CSU und FDP zusammen bei etwa 50 Prozent.

In der Bundesrepublik mag der späte Beginn des Widerstands gegen die Krisenfolgen mit der eigentümlichen Form des Krisenausbruchs zu tun haben: Trotz bereits sinkender Produktion stiegen bis in den Herbst 2008 hinein die Beschäftigtenzahlen. Für Kernbereiche der deutschen Industrie ist mit der Verlängerung der Kurzarbeiterregelung ein wirksames Mittel zur Verminderung betrieblicher Konflikte eingeführt worden. Unternehmen und Staat können nach Jahren des Exportbooms auf große Reserven zurückgreifen. Auf der Gegenseite sieht es jedoch anders aus: Vier Jahre nach der Einführung von Hartz IV haben viele Beschäftigte und ihre Familien gar keine Reserven mehr.

Doch obwohl die baldige Ankunft der Krise seit dem Sommer 2007 immer wieder vorhergesagt worden ist, zeigten sich Gewerkschaften und soziale Bewegungen hierzulande merkwürdig unvorbereitet, als sie tatsächlich eintraf. Einige der Gründe dafür analysierte ein Beitrag des Arbeitskreises Weltwirtschaftskrise von ver.di Baden Württemberg im November 2008. Er stellte den Lösungshorizont eines gewerkschaftlichen "Nationalkeynesianismus" in Frage, wonach die

Beschäftigteninteressen auf der Strecke bleiben, "weil die Gegenseite sich weigert, den volkswirtschaftlichen und damit letztlich auch ihren eigenen Nutzen in einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zu sehen." Denn: "Tarifdumping und Agenda-Politik haben zum einen die Wettbewerbsbedingungen des von Deutschland aus operierenden Kapitals enorm verbessert (und auch die Chance verbessert, als Gewinner zulasten anderer Wettbewerbsräume aus dieser Krise hervorzugehen) und zum anderen eine Umverteilungssorgie von unten nach oben möglich gemacht." Konsequentermaßen setzten die Autoren um Bernd Riexinger und Werner Sauerborn auf eine baldige politische Mobilisierung.

Diese Kritik am Selbstverständnis einer gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Apparatelinken mußte heftige Reaktionen provozieren. Richard Detje schrieb in der Zeitschrift "Sozialismus" von einer drohenden "Selbstghettoisierung" und verkündete apodiktisch: "Die Kritik des Keynesianismus ist in der Doppelkrise von Finanzmarkt- und Realkapitalismus eine Sackgasse gewerkschaftlicher Strategiebildung." Etwas zurückhaltender verteidigte Ralf Krämer von der Wirtschaftspolitischen Abteilung des ver.di-Bundesvorstands die Orientierung auf eine nationale Reformpolitik. Die Gefahren einer solchen Politik kommen bei Krämer und Detje allerdings nicht mehr vor. Auf sie wies Werner Sauerborn in seinem Resümee hin: Fehle Gewerkschaften in der Krise die adäquate, die internationale Widerstandsebene, "werden sie schwer daran zu hindern sein, die second-best-Variante zu verfolgen, ... auf die Behauptung der eigenen Arbeitgeber im globalen Wettbewerb... zu setzen". Mit Blick auf die deutsche Industrie führt er fort: "Die Chance, dass dieses traurige und unsolidarische Kalkül, der beste Verlierer unter den global Erpreßten zu sein, aufgehen könnte, stehen nicht schlecht."(express 1/2009)

Parallel zur publizistischen Debatte entspann sich ein politischer Konflikt: Es ging um die Frage, ob und wie im Frühjahr 2009 eine politische Demonstration gegen die Überwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen organisiert werden soll. Dabei zeigte sich nicht nur die "Mobilisierungsaversion", die Sauerborn den Nationalkeynesianern bescheinigen mußte, sondern auch die Lernfähigkeit der Partei "Die LINKE". Kurz vor den Demonstrationen nahm ihr Bundesvorstand doch noch die Forderung nach Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 Euro auf, auch wird beim angestrebten Mindestlohn seither von angestrebten 10 Euro die Stunde gesprochen. Und da eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden immerhin in einige Programmpapiere eingefügt wurde, mit denen innerhalb der LINKEN um politischen Einfluß gestritten wird, erfreut sich das alte Forderungspaket der Proteste gegen die Hartz-Gesetze neuer Popularität: Manchmal braucht es nur eine Aktionszeitung zur richtigen Zeit, um kleine politische Bewegungen zu befördern (http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/krise_und_umgang/materialien.html).

Doch kommt es nicht auf die Aufrufe an, sondern auf die Menschen, die etwas tun. Am 28. März demonstrierten am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels in London, Berlin und Frankfurt/Main Zehntausende. Weitere Demonstrationen und Proteste gab es in Wien, Paris und anderen Orten. Die Wirkung dieser Aktionen ist umstritten. Peter Wahl (WEED) hat die Zahl der Demonstranten herunter gezählt und allzu große Radikalität und fehlende Bündnisbreite beklagt.(ftd, 3. April 2009) Der DGB dagegen verzichtete angesichts der begonnenen Mobilisierung darauf, am 16. Mai den Protest gegen eine "unsoziale Politik" im Saale zu veranstalten und rief nun selbst zu einer Großdemonstration auf (siehe Kasten). Und vielleicht ist es auch nur schlichter Realismus, der am Erfolg von weiteren Latsch-Demos zweifeln läßt: Nicht jedes System läßt sich mit Montagsdemonstrationen erschüttern. Um so dringlicher ist die

Debatte, wie den kommenden Zumutungen rechtzeitig zu begegnen ist.

Ein Aktionstag tut es nicht

Die Planung kam vom Europäischen Gewerkschaftsbund: Vom 14. bis 16. Mai sollten Aktionstage für ein soziales Europa werben. Und während die deutschen Gewerkschaftsspitzen damit ihre Nicht-Teilnahme an der Mobilisierung zum 28. März begründeten, sahen es die Organisatoren der Sozialproteste weniger eng. Sie riefen ökumenisch zu beiden und noch anderen Protestterminen auf. So kamen in Berlin etwa 100 000 Demonstranten zusammen, mit den Aktionen in Brüssel, Madrid und Prag waren es über 300 000. Ganz anders war es 2003: Damals waren am 1. November in Berlin etwa 100 000 ohne den Rückhalt großer Organisationen auf die Straße gegangen. Doch angesichts der praktischen Erfolglosigkeit - die Zeit titelte wenig später: "Die Demonstranten gehen, Hartz IV kommt" - emigrierten viele Aktivisten bald in Parteigründungen und Bewegungsapparate. Selbstorganisation sieht anders aus.

-

Erstveröffentlichung: Lunapark21, Heft 6, Sommer 2009